

## Bezirk enttäuscht Ehrenamtliche

Rund 300 Vertreter von Vereinen und Organisationen, die für die Menschen in Tempelhof-Schöneberg Jahr für Jahr tätig sind und unzählige Angebote machen, bekommen normaler Weise im Laufe des Novembers eine Einladung der Bezirksverordnetenvorsteherin zum „Parlamentarischen Jahresausklang“. Dieser findet stets im Anschluss an die letzte BVV-Sitzung im Jahr statt. Am 16. Dezember fällt diese Veranstaltung aus.

Vorsteherin Petra Dittmeyer (CDU) teilte in einem Schreiben mit: „Seit April 2015 unterliegt die Bezirksverwaltung einer Haushaltssperre. Deshalb können nur zwingend notwendige Ausgaben getätigt werden. Bedauerlicher Weise gehören die Kosten unseres diesjährigen Parlamentarischen Jahresausklangs im Anschluss an die Dezember BVV nicht dazu, so dass er entfallen muss.“ Mit einem „herzlichen Dank für die geleistete ehrenamtliche Arbeit in unserem Bezirk“ und der Ergänzung: „Sie stellt einen wertvollen Beitrag in der Gesellschaft dar“, wünscht die Vorsteherin allen „ruhige und besinnliche Festtage.“

Eine Haushaltssperre ist eine Haushaltssperre, auch wenn kaum jemand im Bezirk die Sinnhaftigkeit dieser erklären kann. Selbst der Zählgemeinschaftspartner der SPD, die Grünen, zweifeln an der Notwendigkeit dieser Haushaltssperre. Und auch die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) gibt gegenüber paperpress zu, dass diese Haushaltssperre den Bezirkshaushalt nicht konsolidiert habe. Die durch die Haushaltssperre eingesparten Mittel konnte sie noch nicht beziffern.

Sie bedauere sehr, dass der Parlamentarische Abend nicht stattfinden kann. Eine Einbürgerungsveranstaltung sei der Sperre auch zum Opfer gefallen, diese soll aber nachgeholt werden. Der Parlamentarische Abend ist eine der wenigen, wenn nicht sogar die einzige Veranstaltung im Bezirk, in der die Kommunalpolitiker aus BVV und Bezirksamt sowie Abgeordnetenhaus und Bundestag parteiübergreifend mit den Ehrenamtsvertretern zusammenkommen. An der Veranstaltung nehmen auch ehemalige Bezirksbürgermeister und Vorsteher teil, die man lange nicht gesehen hat. Ebenso trifft man auf leitende Mitarbeiter der Verwaltung und auf eine Gruppe von Beschäftigten, die nicht so häufig im

Fokus der Aufmerksamkeit stehen, nämlich die Hausmeister des Bezirksamtes.

Enttäuscht und verärgert über die Absage zeigten sich Wolfgang Spranger vom Volkspark Lichtenrade, Thomas Schüler von der DLRG und Henning Hamann vom MedienPoint. Das sei kein guter Umgang mit den Ehrenamtlichen. Vor allem wird bemängelt, dass man offenbar keine Alternativen geprüft habe. Der Parlamentarische Abend kostet rund 8.000 Euro. Das ist viel Geld. Mit etwas Fantasie hätte man die Kosten auch senken können. Es muss nicht immer Gänsebraten sein, Würstchen mit Kartoffelsalat und eine kräftige Suppe hätten es auch getan. Wenn Bezirksamt und den Fraktionen in der BVV die Ehrenamtlichen wirklich etwas wert sind, dann hätten sie aus ihren Mitteln diese Veranstaltung finanzieren können. Allein 1.705 Euro wäre zusammengekommen, wenn alle 55 Bezirksverordneten ihr Sitzungsgeld für die BVV im Dezember gespendet hätten. Und die Bezirksamtsmitglieder hätten auf 2.000 Euro aufrunden können.

Was die Logistik der Umsetzung anbelangt, so gibt es genug Organisationen im Bezirk, die dabei gern geholfen hätten. Man muss sie nur ansprechen. Und die Politik muss es wollen.

Der Lichtenrader Lichtermarkt, der am 1. Advent zum 39sten Male stattfand, stand auch auf der Kippe. Der Markt wird allein durch gemeinnützige Organisationen aus dem Bezirk gestaltet. Eine Absage auch noch dieser Veranstaltung, hätte die Ehrenamtlichen gänzlich gegen das Bezirksamt aufgebracht. Die Bürgermeisterin hatte jedoch Glück, denn die Berliner Sparkasse half aus. Sie stellte 9.000 Euro für die Durchführung des traditionellen Lichtermarktes zur Verfügung. Dafür gebührt der Sparkasse großer Dank.

Zwar wurden alle teilnehmenden Organisationen durch ein Schreiben der Bezirksbürgermeisterin über die großzügige Spende informiert, in der Pressemitteilung des Bezirksamtes über den erfolgreich verlaufenen Lichtermarkt kommt die Sparkasse jedoch nicht vor. Ein ungewöhnlicher Umgang mit Sponsoren. Missverständlich auch die Aussage in dem Schreiben, dass die Sparkasse „die Finanzierung Ihrer durch die Teilnahme entstehenden Kosten übernimmt.“ Das stimmt nicht ganz, die Sparkasse hat die dem Bezirksamt entstehenden Kosten übernommen, die Gebühren für die Marktstände mussten, wie jedes Jahr, die Organisationen selbst bezahlen.

**Ed Koch**